

Rechenschaftsberichtbericht des Vorstandes zur Mitgliederversammlung am 25. Mai 2019

Liebe Mitglieder des Landesverbandes,
liebe Pflege- und Adoptiveltern,
sehr geehrte Gäste.

Ich denke, ich spreche auch in Ihrem Namen, wenn ich mich an dieser Stelle zuerst bei der Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion *Bündnis 90/Die Grünen*, Cornelia Lüddemann, sowie Monika Hohmann von der Landtagsfraktion *DIE LINKE* für die herzlichen Grußworte zum Auftakt unserer Mitgliederversammlung bedanke. Wir freuen uns über ihre Teilnahme an unserer heutigen Beratung und ihre Zusage, unseren Landesverband auch weiterhin bei seinem Bemühen um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen des Pflegekinderwesens zu unterstützen.

Ihre Worte haben aber auch gezeigt, dass es uns im zurückliegenden Jahr gelungen ist, die politisch Verantwortlichen auf den unterschiedlichsten Ebenen für die besonderen Probleme von Pflege- und Adoptiveltern weiter zu sensibilisieren.

Dies war eine der zentralen Aufgaben, die wir in den 15 Monaten seit unserer Wahl in Angriff genommen haben. So hat der Vorstand unmittelbar nach der Neuwahl in **Gesprächen mit der Sozialministerin Petra Grimm-Benne und der Staatssekretärin Susi Möbbeck** offen solche Fragen wie die steigende Anzahl der Pflegekinder und die zugleich sinkende Zahl von Pflegeeltern, die angespannte Personalsituation im Pflegekinderdienst, die Finanzierung notwendiger Weiterbildungen für Pflegeeltern oder die finanzielle Absicherung der Pflegekinder diskutiert.

Darüber hinaus haben wir das **Gespräch mit Landespolitikern** der *Parteien CDU, SPD, DIE LINKE* und *Bündnis 90/Die Grünen* gesucht. Die hier erörterten Problemstellungen mündeten u. a. in die **Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE** „Pflegekinderwesen im Land Sachsen-Anhalt“, die am 4. April 2019 im Landtag debattiert wurde. Im Kern ging es dabei um solche Schwerpunkte wie die bestehenden unterschiedlichen Rahmenbedingungen für Pflegeeltern in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten, die Personalausstattung im Pflegekinderdienst der Jugendämter, die Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Pflege- und Adoptivelternvereine im Land sowie eine zielgerichtete vorbeugende Familienhilfe, insbesondere für Alleinerziehende.

Ein von der *Fraktion DIE LINKE* eingebrachter Antrag zur Verbesserung der Strukturen des Pflegekinderwesens und der Stärkung Alleinerziehender wurde einstimmig zur weiteren Diskussion in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration überwiesen. Die Landesregierung wird darin auch aufgefordert, Gespräche mit dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindebund aufzunehmen, um gleichwertige Rahmenbedingungen für Pflegeeltern zu schaffen. Der Landesverband wird sich auch weiterhin konstruktiv in diese Debatte einbringen.

Dass sich im Übrigen auch der Bundestag nach einer kleinen Anfrage der Fraktion *DIE LINKE* im April dieses Jahres mit der Situation des Pflegekinderwesens beschäftigt, zeigt die Brisanz der Thematik auch auf Bundesebene.

Aktiv arbeitete der Landesverband in der **Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände (LAGF)** mit. In diesem Rahmen fanden im vergangenen Jahr neben fünf regulären Sitzungen auch zwei familienpolitische Fachgespräche mit den Mitgliedern des Sozialausschusses statt. Bei der Jahressitzung der „Stiftung Familie in Not“, einem familienpolitischen Fachgespräch sowie weiteren Beratungen und einer Klausurtagung in diesem Jahr konnte mit weiteren Trägern öffentlicher Belange auf Landesebene eine konstruktive Zusammenarbeit aufgebaut werden.

Ausdruck dieser Zusammenarbeit ist u.a. die Entscheidung des Landes, nunmehr einen **Ombudsmann und eine Schiedsstelle** einzurichten. Dafür hat sich auch unser Landesverband immer wieder eingesetzt. Unseren Pflegeeltern stehen damit künftig konkrete Ansprechpartner zur Verfügung, die bei Problemen und strittigen Entscheidungen schlichtend eingreifen können.

Ebenfalls eingebracht hat sich der Landesverband in die Überarbeitung und **Anpassung der neuen Kinder- und Jugendhilfe-Pflegegeld-Verordnung**. Diese soll nun alljährlich an die Empfehlungen des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge angepasst werden.

Auch auf Bundesebene ist der Landesverband im Berichtszeitraum aktiv tätig gewesen. So beteiligte er sich als Mitglied in der **Agenda Pflegefamilien** konstruktiv an der Diskussion um verbesserte Ausgangsbedingungen für Pflegefamilien.

In dem im Oktober 2018 unter Mitwirkung des Landesverbandes zusammengefassten Positionspapier „**Mitreden - Mitgestalten**“ setzten wir uns unter anderem für

- Elternberatungen,
- die soziale Absicherung von Pflegefamilien,
- die Qualifizierung der Hilfeplanung unter Beteiligung der betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie
- klare Regelungen für weitere soziale Verbesserungen - wie zum Beispiel die Absenkung der Kostenbeteiligung der Pflegekinder an der Jugendhilfe

ein.

Da der Landesverband eine seiner wichtigsten Aufgaben in der **Schaffung gleichwertiger Rahmenbedingungen** für Pflege- und Adoptiveltern im Land sieht, haben wir unsere Aktivitäten auch auf kommunaler Ebene dementsprechend ausgerichtet. So nahmen Vorstandsmitglieder unter anderem an Jugendhilfeausschusssitzungen in den Landkreisen Börde und Harz teil. Es fand ein Gespräch mit dem Kinderschutzbund statt und die Pflegeeltern im Landkreis Harz wurden im Sommer bei der Problematik Wohngeldbeantragung für Pflegekinder mit einem Rechtsbeistand und einer Informationsveranstaltung unterstützt.

Die Situation im Pflegekinderwesen vor Ort stand auch im Mittelpunkt von Gesprächen mit dem Harzer Landrat Martin Skiebe und dem Landrat des Bördekreises, Martin Stichnoth, sowie Vertretern der jeweiligen Jugendämter. Diese persönlichen Gespräche erachten wir als besonders wichtig – zum einen, um Probleme vor Ort anzusprechen, vor allem aber auch, um gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen. Auch wenn wir im Detail nicht

immer einer Meinung sind, ist letztendlich ein Schulterschluss im Interesse der uns anvertrauten Kinder unser gemeinsames Ziel.

Ein Ergebnis solcher Gespräche war das vom Landesverband im November 2018 in Halberstadt organisierte **Fachgespräch** mit Vertretern des Sozialministeriums, des Landesjugendamtes, des Fachzentrums für Pflegekinderwesen, der Agenda Pflegefamilien, Landräten und Jugendämtern sowie Landes- und Kommunalpolitikern. Unter dem Motto „**Pflegefamilien gestern – heute – morgen. Wie sieht die Zukunft des Pflegekinds aus?**“ wurde gemeinsam mit Pflegeeltern darüber diskutiert, welche Problem vor Ort auftreten und wie diese künftig gelöst werden können. Dabei ging es u. a. um solche Fragen wie die Unterschiedlichkeit der Beihilfekataloge in den Landkreisen, das fehlende Elterngeld bei der Aufnahme eines Säuglings, die Krankenversicherung von Pflegeeltern, die unentgeltlich zu Hause bleiben, oder die Binnenhaftpflichtversicherung für Pflegekinder.

Auch bei diesem Fachgespräch nahmen der **stetig wachsende Bedarf an Pflegeeltern** und vor allem die Gewinnung jüngerer Menschen für diese Aufgabe einen wichtigen Raum ein. Die gezielte Werbung neuer Pflegeeltern muss das gemeinsame Anliegen der Jugendämter und der Adoptiv- und Pflegeelternvereine vor Ort sein und sie bedarf der breiten Unterstützung auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen.

In der **Mitgliederwerbung** sehen wir als Landesverband eine unserer wichtigsten Aufgaben. Der Vorstand hat zahlreiche Gespräche geführt, um bestehende Vereine für eine Mitgliedschaft zu gewinnen oder interessierte Pflegeeltern beim Neuaufbau örtlicher Gruppen mit entsprechenden Strukturen zu unterstützen.

Neben den im Harz, in Wittenberg, Bernburg, Halle oder Weißenfels gut funktionierenden ehrenamtlichen Vereinsstrukturen gibt es leider noch viele Gebiete, in denen solche ehrenamtlichen Zusammenschlüsse der Pflege- und Adoptiveltern nicht oder nicht mehr vorhanden sind. Den betroffenen Pflegeeltern fehlen damit wichtige Möglichkeiten einer Vernetzung und des Erfahrungsaustausches vor Ort.

Ob der Zusammenschluss als Verein oder Ortsgruppe erfolgt, ist dabei sekundär. Wichtig ist aus unserer Sicht eine feste Gruppierung, die die Interessen der Pflegeeltern vertritt, erfahrene und jüngere Pflegeeltern miteinander ins Gespräch bringt und ein Ansprechpartner für Interessenten vor Ort sein kann.

Auch bei unseren Gesprächen in den Landkreisen haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Jugendämter vor Ort durchaus interessiert an einer engen Zusammenarbeit und Kommunikation mit ehrenamtlichen Vereinen und Ortgruppen sind. So betonte zum Beispiel der Landrat des Bördekreises, Martin Stichnoth, das Interesse seiner Verwaltung daran, dass der Informationsaustausch zwischen dem Jugendamt und den Pflegeeltern auf dieser Ebene funktioniert.

Ehrenamtliche Vereine und Ortgruppen sind als Bindeglied zwischen Pflegeeltern und Verwaltung nicht zu unterschätzende Brücken, von denen beide Seiten profitieren.

Deshalb ist es unser Ziel, wieder flächendeckend solche ehrenamtlichen Strukturen aufzubauen, diese Gruppen für eine aktive Mitgliedschaft im Landesverband zu gewinnen und damit auch kompetente Ansprechpartner für die Arbeit unseres Verbandes vor Ort zu haben.

Übrigens - wer Hilfe und Unterstützung beim Neuaufbau von Ortgruppen benötigt, kann sich direkt an unser Vorstandsmitglied Wolfgang Heine wenden.

Gegenwärtig sind mehr als 200 Familien - zum Teil über örtliche Vereine, zum Teil als Einzelmitglieder – im Landesverband organisiert. Aus ihren Mitgliedsbeiträgen rekrutieren sich die finanziellen Mittel des Landesverbandes. Auch deshalb ist es erforderlich, die Anstrengungen in der Mitgliederwerbung zu erhöhen. Denn natürlich benötigen wir auch als Landesverband finanzielle Mittel, um angestrebte Aufgaben – wie zum Beispiel eine öffentlichkeitswirksame Werbeoffensive für neue Pflegeeltern oder die zielgerichtete fachliche Weiterbildung unserer Adoptiv- und Pflegeeltern - verwirklichen zu können.

Vor allem aber brauchen wir aktive Mitglieder, die den Verband tatkräftig unterstützen. Hier muss es uns künftig noch besser gelingen, bestehende Vereine oder einzelne Pflegeeltern von den Vorteilen einer Mitgliedschaft im Landesverband zu überzeugen und für unsere Arbeit zu interessieren.

Deshalb hat sich der neu gewählte Vorstand des Landesverbandes in den zurückliegenden Monaten auch sehr intensiv damit beschäftigt, seine Aufgaben und die daraus resultierenden Ziele klar zu definieren.

Bestärkt wurden wir in diesem Bemühen in einem Gespräch mit Kathrin Vahl vom Landesjugendamt, die in der klaren Zielsetzung des Landesverbandes ein wichtiges Kriterium für die Schärfung seines Profils und eine mögliche finanzielle Förderung sieht.

Wo sehen wir unseren Platz als Landesverband?

Wir sehen uns in der politischen Verantwortung, eine Lobby für Pflege- und Adoptiveltern auf Landesebene zu schaffen, gleichwertige Rahmenbedingungen für Pflegeeltern im Land durchzusetzen und für die Pflege- und Adoptiveltern ein zentraler Ansprechpartner für begleitende Unterstützung und Beratung zu sein.

Wie wollen wir das erreichen?

- Der Landesverband will die Interessen der Pflege- und Adoptiveltern auf Landesebene vertreten. Schwerpunkt dabei ist eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium, dem Landesverwaltungsamt und den Jugendämtern in den Landkreisen, aber auch mit den politischen Mandatsträgern auf kommunaler - und auf Landesebene.
- Als Träger der freien Jugendhilfe arbeitet der Landesverband in der LAGF mit und ist offen für eine konstruktive Zusammenarbeit mit weiteren freien Trägern, die sich für die Belange der Pflege- und Adoptiveltern sowie der ihnen anvertrauten Kinder einsetzen.
- Der Landesverband bringt sich als Mitglied in der Agenda Pflegefamilien bundesweit in die Diskussion um verbesserte Ausgangsbedingungen für Pflegefamilien ein.
- Der Landesverband unterstützt örtliche Mitgliedsvereine bzw. lokale Zusammenschlüsse von Pflegeeltern beim Aufbau von ehrenamtlichen Strukturen und bietet seinen Mitgliedern entsprechende Beratungsmöglichkeiten.

- In Zusammenarbeit mit dem Fachzentrum für Pflegekinderwesen Sachsen-Anhalt und den Jugendämtern will der Landesverband Fort- und Weiterbildungen sowie Seminare für Pflege- und Adoptiveltern organisieren und zukünftige Pflege- und Adoptiveltern noch besser auf das Zusammenleben mit den ihnen anvertrauten Kindern vorbereiten.
- Der Landesverband organisiert Informationsveranstaltungen und leistet eine breite Öffentlichkeitsarbeit zur Bewerbung neuer Pflegeeltern.

Es bedarf umfangreicher Anstrengungen, um diese Kernaufgaben im kommenden Jahr noch besser umzusetzen und vor allem öffentlichkeitswirksam darzustellen.

Mit dem Aufbau einer eigenen **Geschäftsstelle** wollen wir nicht nur die Basis für unsere ehrenamtliche Tätigkeit verbessern, sondern vor allem auch einen räumlichen Anlauf – und Beratungspunkt für unsere Mitglieder und weitere Interessenten an unserer Arbeit schaffen. Deshalb hat sich der Landesverband im März 2019 mit einem Antrag auf **eine entsprechende finanzielle Förderung zum Aufbau einer Geschäftsstelle** an das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration gewandt. Parallel dazu wurden die Fraktionen des Landtages mit entsprechenden Schreiben um Unterstützung dieses Anliegens gebeten.

Während der Debatte zur Situation des Pflegekinderwesens in Sachsen Anhalt in der Landtagssitzung am 4. April 2019 signalisierten nicht nur alle Fraktionen, sondern auch Sozialministerin Petra Grimm-Benne Zustimmung zu unserem Anliegen. Weitere Abstimmungen dazu wird es am 3. Juni 2019 in einem Gespräch im Sozialministerium geben. Das stimmt uns sehr optimistisch.

Einen Hauptschwerpunkt unserer künftigen Tätigkeit sehen wir in der Verbesserung der **Öffentlichkeitsarbeit**, um neue Pflegeeltern zu gewinnen. So sind wir gegenwärtig dabei, unsere Internetseite zu überarbeiten und auch die Nutzung der sozialen Medien wie Facebook und Co. wollen wir in Angriff nehmen. Sehr gerne möchten wir dabei unsere Mitglieder verstärkt in die Arbeit einbeziehen – zum Beispiel im Rahmen einer Arbeitsgruppe, die sich dieser Aufgabe annimmt.

Wer also Interesse hat und vor allem über das notwendige Anwenderwissen verfügt, sollte sich nach der Mitgliederversammlung bei Wolfgang Heine melden.

Noch stärker wollen und müssen wir uns **öffentlichkeitswirksam präsentieren**, um jüngere Menschen für diese anspruchsvolle, mitunter schwierige aber durchaus auch dankbare Aufgabe zu interessieren und als Pflegeeltern zu gewinnen. Denn die demografischen Probleme sind gerade auch im Kreise unserer Pflegeeltern unübersehbar.

Neben der Präsenz in den sozialen Medien werden wir deshalb auch alle Möglichkeiten in Presse, Rundfunk und Fernsehen oder bei Vereins- und Bürgerfesten nutzen, um für unsere Arbeit zu werben. Auch unter diesem Aspekt haben die örtlichen Vereine und Ortsgruppen der Pflege- und Adoptiveltern eine besondere Bedeutung. Sie sind oftmals nicht nur einer der ersten Anlaufpunkte für Interessenten, sondern auch erfahrene Begleiter in schwierigen Situationen.

Die Vernetzung und noch intensivere Zusammenarbeit von Vereinen, Verbänden und Interessensgemeinschaften aber auch von Verwaltungen, Institutionen und Bildungsträgern, die sich mit der Thematik Pflegekinderwesen im Land Sachsen Anhalt beschäftigen, ist aus unserer Sicht unerlässlich. Wir sind nicht Konkurrenten, sondern Verbündete auf einem gemeinsamen Weg. Wir begleiten Kinder, die vorübergehend oder auf Dauer nicht in ihren Herkunftsfamilien leben können. Ihnen bestmögliche Entwicklungsbedingungen und die Chance auf familiäre Geborgenheit zu geben, ist unser gemeinsames Anliegen.

Zum Ende meines heutigen Rechenschaftsberichtes möchte ich mich bei allen aktiven ehrenamtlichen Mitstreitern bedanken. Ich danke vor allem den Vorstandsmitgliedern für ihren unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz, der mit einem großen Zeitaufwand und finanziellen Aufwendungen verbunden ist, die weitgehend durch die einzelnen Vorstandsmitglieder getragen wurden.

Ich danke aber auch allen Unterstützern aus Politik und Verwaltungen, die „ein offenes Ohr“ für unsere Probleme haben und in direkten Gesprächen mit uns nach Lösungen gesucht haben.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen – für das Wohl der uns anvertrauten Kinder.